



An den Grossen Rat

18.5068.02

P185068

Basel, 4. Juli 2018

Regierungsratsbeschluss vom 3. Juli 2018

Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend Kosten für Werbe- und Präventionskampagnen des Kantons Basel-Stadt

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Joël Thüring dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

Seit Einführung der 33 neuen digitalen Panels/Werbeflächen auf öffentlichem Grund, welche via Konzession des Kantons an die APG und Clear Channel vergeben wurden, sind vermehrt auch Werbungen des Kantons auf diesen Stellen sichtbar. In einem Bericht der Basler Zeitung vom 6.3.2018 wird als Beispiel eine Reklame des Tiefbauamtes erwähnt, welche mit dem Slogan "Ihr Partner für ein sauberes Basel" auf diesen Panels wirbt. Je nach Mietdauer der Werbefläche kostet eine Reklame bei der APG auf diesen Panels gemäss Basler Zeitung zwischen 786 und 2'817 Franken.

In ihrem Jahresbericht 2014 hat die Geschäftsprüfungskommission in Bezug auf die Kampagne "Basel zeigt Haltung" (Fachstelle Diversität und Integration im PD) bereits diverse Fragen zu den Kosten dieser Kampagne erfragt und insbesondere auch wissen wollen, inwiefern die Kampagne in eine Gesamtstrategie eingebettet war resp. wie die Wirksamkeit ausgewertet wurde. Die damaligen Antworten in Bezug auf diese Präventionskampagne überzeugten die GPK nur teilweise, so dass sie im darauffolgenden Jahresbericht 2015 festhielt, dass solche Kampagnen in eine Gesamtstrategie einzubetten sind.

Die oben erwähnte Kampagne des Tiefbauamtes auf öffentlichen Plakatstellen macht auf den ersten Blick wenig Sinn, da das Tiefbauamt und die Stadtreinigung keine Produkte verkaufen und auch nicht ersichtlich ist, wie genau damit die Bevölkerung auf ein konkretes Anliegen sensibilisiert wird.

Fakt ist, dass Kampagnen des Kantons in vielfältiger Form regelmässig über einzelne Dienststellen und/oder Themen entwickelt werden, deren konkreter Nutzen nicht immer auf den ersten oder zweiten Blick ersichtlich ist. Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auflistung sämtlicher Werbe- und Präventionskampagnen der Jahre 2015, 2016 und 2017 jeweils separat und nach Departement sowie Dienststelle ausgewiesen sowie eine Auflistung der jeweiligen Kosten pro Kampagne.
2. Zusätzlich ist jeweils aufzuführen, mit welchen Mitteln geworben wurde (also Plakate, Flyer, Broschüren etc.) und ob ein externes Büro mit der Konzeption beauftragt wurde.
 - 2.1 Falls ein externes Büro hinzugezogen wurde: Bitte um namentliche Bekanntgabe der jeweiligen Agentur sowie der durch die Agentur angefallenen Kosten und Honorare (abzüglich der bereits oben erfragten Kosten für Aushang, Druck etc.).
3. Ich bitte den Regierungsrat ausserdem mitzuteilen, inwiefern die einzelnen Kampagnen auf ihre Wirksamkeit überprüft wurden und welche Schlussfolgerungen aus den Kampagnen gezogen wurden.

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Einleitende Bemerkung

Das Finanzdepartement (FD) führte keine Kampagnen im Sinne der schriftlichen Anfrage durch.

Die Fragen werden summarisch beantwortet. Die Kosten werden als jährliche Durchschnittskosten ausgewiesen.

2. Zu den einzelnen Fragen

Frage 1 betreffend Auflistung sämtlicher Werbe- und Präventionskampagnen der Jahre 2015, 2016 und 2017:

Präsidialdepartement (PD): Die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung führte in Absprache mit dem Bund Integrationskampagnen für durchschnittlich 15'000 Franken pro Jahr durch. Im Bereich Aussenbeziehung und Standortmarketing wurden durchschnittlich 523'850 Franken aufgewendet und in der Abteilung Kultur 44'000 Franken. Die fünf staatlichen Museen bewerben im Rahmen ihres Leistungsauftrags ihre Ausstellungen mit den geeigneten Werbemitteln, teilweise durch Drittmittel finanziert.

Bau- und Verkehrsdepartement (BVD): Das BVD führte Stadtreinigungskampagnen für durchschnittlich 29'280 Franken durch. Im Bereich Mobilität wurden pro Jahr durchschnittlich 287'984 Franken eingesetzt. Bei der Stadtgärtnerei fiel ein durchschnittlicher Aufwand von 8'235 Franken an.

Erziehungsdepartement (ED): Das Sportamt führte mehrere Präventionskampagnen durch (durchschnittlich 94'500 Franken pro Jahr), die Abteilung Mittelschulen und Berufsbildung eine Kampagne (15'200 Franken pro Jahr).

Gesundheitsdepartement (GD): In der Gesundheitsprävention wurden in den Bereichen Sucht, Alter, Psychische Gesundheit, Händehygiene und Bewegung Kampagnen durchgeführt (rund 163'900 Franken pro Jahr).

Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD): Das Fachreferat und die Kantonspolizei führten im Betrachtungszeitraum verschiedene Präventionskampagnen, teilweise auch gemeinsam, zu häuslicher Gewalt, Diebstahl, Rheinschwimmen, Strassenverkehr, Schulanfang etc. durch (227'214 Franken pro Jahr).

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU): Im Bereich Umwelt und Energie wurden jährlich durchschnittlich 21'500 Franken für Präventionskampagnen aufgewendet.

Die jährlichen Gesamtkosten für alle Departemente beliefen sich auf durchschnittlich 1'430'663 Franken.

Frage 2: Zusätzlich ist jeweils aufzuführen, mit welchen Mitteln geworben wurde (also Plakate, Flyer, Broschüren etc.) und ob ein externes Büro mit der Konzeption beauftragt wurde.

Die Werbemittel waren unterschiedlicher Art und adressatengerecht ausgerichtet: Inserate, Plakate, Flyer, Kino, Tram, Radio, TV, Social Media, Messe etc. wurden eingesetzt.

Frage 2.1: Falls ein externes Büro hinzugezogen wurde: Bitte um namentliche Bekanntgabe der jeweiligen Agentur sowie der durch die Agentur angefallenen Kosten und Honorare (abzüglich der bereits oben erfragten Kosten für Aushang, Druck etc.).

Diese Frage kann aufgrund des Datenschutzes nicht beantwortet werden.

Frage 3: Ich bitte den Regierungsrat ausserdem mitzuteilen, inwiefern die einzelnen Kampagnen auf ihre Wirksamkeit überprüft wurden und welche Schlussfolgerungen aus den Kampagnen gezogen wurden.

Nicht alle Kampagnen werden einer Wirksamkeitsprüfung unterzogen. Die durchgeführten Wirksamkeitsanalysen zeigen jedoch überwiegend eine positive Wirkung. Fiel die Analyse ausnahmsweise nicht befriedigend aus, wurden Anpassungen vorgenommen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin